

Leinen los!

Bildung für Nordrhein-Westfalen

Entwurf, Modularisierte Version vom 20.12.2009

AK Bildungspolitik NRW

1.1	Präambel I
<p>Information, Wissen und Bildung formen die Grundlage unserer Gesellschaft. Bildung prägt das Gesicht unserer Gesellschaft. Sie ermöglicht den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, auf dem unser materieller und geistiger Wohlstand beruht. Sie setzt die Standards für unser Zusammenleben. Sie versetzt uns in die Lage, Herausforderungen zu meistern, Problemlösungen zu finden und wenn nötig den Kurs zu ändern. Wer Bildung vernachlässigt, zerstört die Grundlagen, auf denen unsere Gesellschaft aufgebaut ist.</p>	
Konflikte: -	

1.2	Präambel II
<p>Durch den Wandel der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft in eine global vernetzte Wissensgesellschaft wird Bildung nun auch zur wichtigsten Ressource der deutschen Volkswirtschaft. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands und damit letztendlich auch die sozialen, kulturellen und persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Bürger basieren auf dem allgemeinen Bildungsniveau sowie der persönlichen Qualifizierung aller Bürger. Die großen Herausforderungen der Zukunft wie zum Beispiel der Klimawandel sind nur durch technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen – also durch ein sehr viel höheres allgemeines Bildungsniveau – zu bewältigen.</p>	
Konflikte: -	

1.3	Präambel III (Option I)
Die Piratenpartei stellt die Bildungspolitik deshalb ins Zentrum ihres politischen Handelns. Sie will die absolute Zahl der Hochschulabsolventen signifikant erhöhen und gleichzeitig die Qualität aller Abschlüsse erhöhen. Da aufgrund des demografischen Wandels die Zahl der schulpflichtigen Personen sinkt, muss die Quote der Hochschulabsolventen innerhalb eines Jahrgangs in den kommenden zwei Jahrzehnten vervielfacht werden, um den Bedarf der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Gesellschaft an gut und sehr gut ausgebildeten Personen zu decken.	
Konflikte: 1.4	

1.4	Präambel III (Option II)
Die Piratenpartei stellt die Bildungspolitik deshalb ins Zentrum ihres politischen Handelns. Sie will die absolute Zahl der Abschlüsse im tertiären Bereich signifikant erhöhen und gleichzeitig die Qualität aller Abschlüsse erhöhen. Laut OECD betrug im Jahre 2007 die Quote der Hochschulabsolventen in einem Jahrgang 23 % (OECD-Durchschnitt 2007: 39 %). Für 2030 streben wir eine Quote von mindestens 60 % an. Da aufgrund des demografischen Wandels die Zahl der schulpflichtigen Personen sinkt, muss die Quote der tertiären Abschlüsse innerhalb eines Jahrgangs in den kommenden zwei Jahrzehnten vervielfacht werden, um den Bedarf der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Gesellschaft an gut und sehr gut ausgebildeten Personen zu decken.	
Konflikte: 1.3	

1.5	Präambel IV
Dies soll einerseits dadurch erreicht werden, dass mehr Schüler zur Hochschulreife gebracht werden, und damit auch mehr Abiturienten ein Hochschulstudium beginnen. Andererseits soll die Abbrecherquote massiv gesenkt werden. Darüber hinaus gilt es die Qualität beruflicher Ausbildungswege zu erhöhen und diese, wo immer es sinnvoll ist, zu einem Universitätsstudium auszubauen. Letzteres ist vor allem für die Berufe notwendig, in denen eine wissenschaftlich fundierte Qualifikation immer wichtiger wird.	
Konflikte: 1.3, 1.4	

1.6	Präambel V
Die basisdemokratische Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen wie sie von der Piratenpartei gefordert wird, ist nur mit mündigen, selbstbestimmten und aufgeklärten Bürgern möglich, die sich kritisch, lernfähig und solidarisch in die Willensbildung einbringen wollen. Die Piratenpartei bekennt sich deshalb zu einem umfassenden Bildungsbegriff in der Tradition Humboldts.	
Konflikte: -	

1.7	Präambel VI
Der Einfluss der sozialen und kulturellen Herkunft sowie der wirtschaftlichen Voraussetzungen des Elternhauses auf den Zugang zu Bildungswegen der Einzelnen soll bis zum Jahr 2030 soweit minimiert werden, dass sich die soziale Zusammensetzung der Hochschulabsolventen nicht mehr vom gesellschaftlichen Durchschnitt unterscheidet. Kein Schüler soll ohne Schulabschluss bleiben.	
Konflikte: -	

1.9	Präambel VII
Die Piratenpartei setzt dabei auf das Prinzip der individuellen Förderung des Einzelnen. Nur wenn jede Schülerin, jeder Schüler die für ihn richtige individuelle Förderung erhält, können sich die Potenziale jedes Einzelnen entfalten.	
Konflikte: -	

1.10	Präambel VIII
Zur besseren Integration von Zuwanderern soll ein interkulturelles Bildungsangebot geschaffen werden.	
Konflikte: -	

1.11	Präambel IX
In allen Bildungsinstitutionen ist Barrierefreiheit zu gewährleisten.	
Konflikte: -	

1.12	Präambel X
Die Durchlässigkeit des mehrgliedrigen Schulsystems in NRW ist zu verbessern.	
Konflikte: -	

1.13	Präambel XI
Um diese Ziele zu erreichen, sind gewaltige Anstrengungen vonnöten, die nicht dem Einzelnen aufgebürdet werden dürfen, sondern einen gesamt-gesellschaftlichen Auftrag darstellen.	
Konflikte: -	

1.14	Präambel XII
Der Staat hat den Auftrag, durch die Bereitstellung entsprechender räumlicher, personeller und finanzieller Ressourcen eine individuell auf jeden Einzelnen ausgerichtete Förderung zu gewährleisten.	
Konflikte: -	

1.15	Präambel XIII
Der Zugang zu Bildung ist auf allen Ebenen für den Einzelnen kostenfrei zu gewährleisten und damit vollständig durch die Gemeinschaft zu finanzieren.	
Konflikte: -	

1.16	Präambel XIV
Bei der Finanzierung des Bildungssystems sind grundsätzlich neue Prioritäten zu setzen. Der Bildungsetat muss deutlich ausgeweitet werden.	
Konflikte: -	

1.17	Präambel XV
Die Piratenpartei lehnt von oben diktierte Reformen des Bildungswesens vehement ab. Selbst die besten Reformvorschläge scheitern, wenn sie nicht von allen Beteiligten mitgetragen werden.	
Konflikte: -	

1.18	Präambel XVI
<p>Die Piratenpartei setzt daher auf die Prinzipien Selbstverantwortung, Selbstverwaltung, Subsidiarität und Transparenz. Die Schulen sollen selbstverwaltete Einheiten werden, die auf demokratischem Wege über die Verwendung ihrer finanziellen und personellen Ressourcen sowie ihre Methodik und Unterrichtsplanung selbst entscheiden. Die zu vermittelnden Grundkompetenzen sowie bestimmte Standards sind für alle Schulen verbindlich.</p> <p>Eine Schule kann die Entlassung in die Selbstverwaltung bei der zuständigen Schulbehörde beantragen. Dem Antrag muss eine Gründungssatzung beigelegt werden, die von der Schulversammlung beschlossen sein muss.</p> <p>Die Schulleitung wird auf der Schulversammlung von allen anwesenden Lehrern, Eltern und volljährigen Schülern für fünf Jahre gewählt bzw. nach Ablauf ihrer Amtszeit aufgrund ihres Rechenschaftsberichts entlastet.</p> <p>Die Finanzierung der Schulen erfolgt auf Basis einer Kopfpauschale pro angemeldeten Schüler, wobei die Pauschale selbst sich nach dem Leistungsstand des Schülers beim Schuleintritt richtet. Für lernschwache Schüler erhält die Schule eine höhere Kopfpauschale, da der Aufwand zur Erzielung der gewünschten Ergebnisse entsprechend höher ist.</p> <p>Die Erfolge der Schule werden transparent kommuniziert, sodass Eltern und Schüler vor der Anmeldung ihre Schule beurteilen können.</p> <p>Ziel der Selbstverwaltung ist es, dass individuelle Schulkonzepte vor Ort von den Betroffenen selbst entwickelt und umgesetzt werden. In der Summe entstehen so mehrere parallel auswertbare Lösungswege. Außerdem wird Bürokratie abgebaut.</p>	
Konflikte: -	

1.19	Frühkindliche Bildung I
Der frühkindlichen Bildung kommt bei der Verwirklichung unserer Ziele eine zentrale Bedeutung zu. Es ist ihre Aufgabe, die bestehenden Unterschiede in den persönlichen Kompetenzen der Kinder so weit auszugleichen, dass möglichst alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft mit möglichst guten Grundvoraussetzungen ihre Schullaufbahn beginnen.	
Konflikte: -	

1.20	Frühkindliche Bildung II (Option I)
Wir fordern deshalb eine kostenlose Ganztagsbetreuung für Kinder ab dem ersten Lebensjahr flächendeckend in ganz Nordrhein-Westfalen. Das Recht darauf ist gesetzlich festzuschreiben. Die Jugendämter sind verpflichtet, alle Eltern, deren Kinder bis zum dritten Lebensjahr nicht in einer Kindertagesstätte angemeldet sind, nachhaltig über die Vorteile des KITA-Besuchs durch verständliche Informationen aufzuklären.	
Konflikte: -	

1.21	Frühkindliche Bildung II (Option II)
Wir fordern deshalb eine kostenlose Ganztagsbetreuung für Kinder ab dem ersten Lebensjahr flächendeckend in ganz Nordrhein-Westfalen. Das Recht darauf ist gesetzlich festzuschreiben. Die Jugendämter sind verpflichtet, alle Eltern, deren Kinder bis zum dritten Lebensjahr nicht in einer Kindertagesstätte angemeldet sind, nachhaltig über die Vorteile des KITA-Besuchs durch verständliche Informationen aufzuklären. Unser Ziel ist es, dass jedes Kind ab dem dritten Lebensjahr wenigstens halbtags eine Kindertagesstätte besucht. In den Kommunen sind Strategien zu erarbeiten, wie dieses Ziel erreicht werden kann.	
Konflikte: 1.20	

1.22	Frühkindliche Bildung III
Die Eltern können die Kindertagesstätte für ihre Kinder frei wählen. Konfessionelle, soziale, kulturelle oder sonstige Zugangsbeschränkungen sind in Einrichtungen, die (auch zu Teilen) öffentlich finanziert werden, nicht zulässig. Der Besuch von Kindertagesstätten sowie die Verpflegung ist kostenlos. Bei der öffentlichen Finanzierung von Einrichtungen sind alle Träger gleich zu stellen.	
Konflikte: -	

1.23	Frühkindliche Bildung IV
Kommunen, die aus eigener Kraft die notwendige Zahl von Plätzen in Kindertagesstätten nicht bereitstellen können, werden vom Land finanziell unterstützt. Die Landesmittel sind entsprechend aufzustocken.	
Konflikte: -	

1.24	Frühkindliche Bildung V
Alle Kinder werden im Alter von vier Jahren sprachlichen und motorischen Tests unterzogen, die entsprechende Defizite aufdecken sollen. Förderbedürftige Kinder erhalten in der Kindertagesstätte eine intensive sprach-motorische Förderung, deren Ziel es ist, die Defizite bis zum sechsten Lebensjahr auszugleichen. Die Zusammenarbeit mit den Eltern muss dabei aktiv gefördert werden.	
Konflikte: -	

1.25	Frühkindliche Bildung VI
Die fachliche Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher soll verbessert werden, indem die Ausbildung zukünftig in einem pädagogischen Hochschulstudium absolviert wird.	
Konflikte: -	

1.26	Schule I
Für jeden Schüler ist eine Ganztagsbetreuung mit Mittagessen und individuellen Lerngruppen oder einer Hausaufgabenhilfe am Nachmittag vorzusehen.	
Konflikte: -	

1.27	Schule II
Die Lehrer sind in ihrer Arbeit durch nicht lehrendes Personal (Assistenten, Psychologen und Sozialpädagogen) soweit zu unterstützen, dass sie sich auf die Vermittlung des Unterrichtsstoffes konzentrieren können.	
Konflikte: -	

1.28	Schule III
Im Sinne der Menschenrechte und einer Kultur des sozialen Miteinanders muss das Ziel einer jeden Schulpädagogik sein, Ausgrenzungen und Separationen weitestgehend zu vermeiden. Daher fordert die Piratenpartei einen kontinuierlichen Rückbau der Förderschulen in NRW und die weitestgehende Einbindung der Schülerinnen und Schüler mit speziellen Förderbedarfen in die allgemeinbildenden Schulen nach den Prinzipien der Inklusion und der Inklusionspädagogik. Bestehende bauliche Barrieren in Grundschulen und weiterführenden Schulen werden zügig beseitigt.	
Konflikte: -	

1.29	Primarstufe I
Die vierjährige Primarstufe soll in Zukunft wesentlich mehr Kinder auf einen schulischen Bildungsweg vorbereiten, der mit dem Abitur abgeschlossen wird. Sie hat daher die Aufgabe, wesentlich mehr Kinder mit den dafür notwendigen Grundkompetenzen auszustatten. Dies kann nur durch eine individuelle Förderung des einzelnen Schülers geschehen, deren Ziel es ist, insbesondere die herkunftsbedingten Leistungsunterschiede auszugleichen.	
Konflikte: -	

1.30	Primarstufe II
Um diese individuelle Förderung zu gewährleisten, darf die Klassengröße 15 Schüler nicht überschreiten.	
Konflikte: -	

1.31	Sekundarstufen I
<p>Die TIMSS-Studie, die DESI-Studie und die PISA-Studien stellten für die Sekundarstufe I in Deutschland fest, dass sich die mathematischen und literarischen Kompetenzen zwischen Hauptschülern, Realschülern und Gymnasiasten zu einem großen Prozentsatz überschneiden. Dies bedeutet, dass es in allen Schulformen sehr gute, mittlere und schwache Schüler gibt - nur eben in den Prozentanteilen unterschiedlich. Hieraus schließt die UNICEF-Studie „Disadvantages In Rich Nations“, dass die Kinder in Deutschland zu früh und falsch sortiert werden. Die Studie fasste die Situation in Deutschland unter dem Titel: „Germany: Children Sorted For A Life“ (Deutschland: Kinder für ihr ganzes Leben einsortiert) zusammen, um zu verdeutlichen, dass diese frühe Einsortierung kaum rückgängig zu machen ist. Die PISA-Sonderstudie zu Erfolgchancen von Migrantenkindern kritisiert ebenfalls das deutsche Bildungssystem. Migrantenkinder der zweiten Generation, also Schüler und Schülerinnen, die in Deutschland geboren sind, aber ausländische Eltern haben, erbringen noch schlechtere Leistungen als Migrantenkinder der ersten Generation; 40 % von ihnen erreichen nicht die Kompetenzstufe 2.</p>	
Konflikte: -	

1.32	Sekundarstufen II (Option I)
<p>Da sich die eingliedrigen Schulsysteme der PISA-Spitzenreiter Finnland und Kanada in der Vergangenheit als leistungsfähiger erweisen haben und wir das Ziel verfolgen, die Zahl der Abiturienten pro Jahrgang zu vervielfachen, schlagen wir ein eingliedriges Schulsystem vor, dessen vorrangiges Ziel es ist, möglichst viele Schüler zur Hochschulreife zu führen. Das bisherige viergliedrige System, bestehend aus Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule selektiert zu früh und fördert zu wenig. Alle Schüler sollen grundsätzlich die Möglichkeit haben, ohne Schulwechsel das Abitur anzusteuern.</p>	
Konflikte: 1.33	

1.33	Sekundarstufen II (Option II)
Zusammenlegung Haupt- & Realschule. Rest t.b.a.	
Konflikte: 1.32	

1.34	Fliessende Schullaufbahn I (Option I)
<p>Jeder Schüler soll die Möglichkeit haben, seine Schullaufbahn individuell zu planen und fließend zu absolvieren. Auch bei einer umfassenden Beseitigung von herkunftsbedingten Leistungsunterschieden wird es immer Unterschiede im Leistungsniveau der Schüler geben. Dies gilt es in der Sekundarstufe I zu berücksichtigen. Die Piraten schlagen deshalb eine Schule der unterschiedlichen Geschwindigkeiten vor. Dazu werden die Klassenverbände nach einer zweijährigen Orientierungsstufe zugunsten eines flexiblen Kurssystems aufgelöst.</p> <p>Ein flexibles Kurssystem löst zahlreiche Probleme des existierenden Klassensystem. Mangelhafte Leistungen in einer bestimmten Zahl von Fächern haben nicht mehr die Wiederholung der Klasse zur Folge, sondern lediglich die Wiederholung der mangelhaft abgeschlossenen Kurse. Umgekehrt werden besonders leistungsfähige Schüler nicht mehr unterfordert oder zum Überspringen einer ganzen Klassen gezwungen, sondern können Kurse wählen, die ihrer Leistungsfähigkeit entsprechen. Der Übergang in die Sekundarstufe II erfolgt fließend sobald die entsprechende Zahl von Kursen der Sekundarstufe I erfolgreich abgeschlossen wurden, womit auch die Problematik von G9 und G8 vermieden wird. Wenn mehrere Kurse derselben Leistungsstufe angeboten werden und der Schüler den Kurs und damit auch den Lehrer frei wählen kann, werden überdies viele Probleme vermieden, die allein daraus entstehen, dass die Schüler keinen Einfluss darauf haben, welche Lehrkraft sie unterrichtet.</p> <p>Schulabschlüsse wie der Hauptschulabschluss, die Fachoberschulreife oder das Abitur werden durch den erfolgreichen Abschluss einer bestimmten Zahl von Kursen ohne eine besondere weitere Prüfung erlangt. Um das Leistungsniveau innerhalb einer Schule und landesweit vergleichbar zu machen, müssen während der gesamten Schullaufbahn bestimmte Kurse durch eine zentrale Prüfung abgeschlossen werden.</p> <p>Ein Curriculum mit Pflicht- und Wahlkursen gewährleistet dem einzelnen Schüler ein hohes Maß an Freiheit bei der inhaltlichen Differenzierung seiner Schullaufbahn und garantiert gleichzeitig, dass wichtige Grundkompetenzen im Sinne eines umfassenden Bildungsideals allen Schülern vermittelt werden.</p>	
Konflikte: 1.35	

1.35	Fliessende Schullaufbahn I (Option II)
<p>Jeder Schüler soll die Möglichkeit haben, seine Schullaufbahn individuell zu planen und fließend zu absolvieren. Auch bei einer umfassenden Beseitigung von herkunftsbedingten Leistungsunterschieden wird es immer Unterschiede im Leistungsniveau der Schüler geben. Dies gilt es in der Sekundarstufe I zu berücksichtigen. Die Piraten schlagen deshalb eine Schule der unterschiedlichen Geschwindigkeiten vor. Dazu werden die Klassenverbände nach einer zweijährigen Orientierungsstufe zugunsten eines flexiblen Kurssystems aufgelöst.</p> <p>Ein flexibles Kurssystem löst zahlreiche Probleme des existierenden Klassensystem. Mangelhafte Leistungen in einer bestimmten Zahl von Fächern haben nicht mehr die Wiederholung der Klasse zur Folge, sondern lediglich die Wiederholung der mangelhaft abgeschlossenen Kurse. Umgekehrt werden besonders leistungsfähige Schüler nicht mehr unterfordert oder zum Überspringen einer ganzen Klassen gezwungen, sondern können Kurse wählen, die ihrer Leistungsfähigkeit entsprechen. Der Übergang in die Sekundarstufe II erfolgt fließend sobald die entsprechende Zahl von Kursen der Sekundarstufe I erfolgreich abgeschlossen wurden, womit auch die Problematik von G9 und G8 vermieden wird. Wenn mehrere Kurse derselben Leistungsstufe angeboten werden und der Schüler den Kurs und damit auch den Lehrer frei wählen kann, werden überdies viele Probleme vermieden, die allein daraus entstehen, dass die Schüler keinen Einfluss darauf haben, welche Lehrkraft sie unterrichtet.</p> <p>Schulabschlüsse wie der Hauptschulabschluss, die Fachoberschulreife oder das Abitur werden durch den erfolgreichen Abschluss einer bestimmten Zahl von Kursen mit einer besonderen weiteren Prüfung erlangt. Um das Leistungsniveau innerhalb einer Schule und landesweit vergleichbar zu machen, müssen während der gesamten Schullaufbahn bestimmte Kurse durch eine zentrale Prüfung abgeschlossen werden.</p> <p>Ein Curriculum mit Pflicht- und Wahlkursen gewährleistet dem einzelnen Schüler ein hohes Maß an Freiheit bei der inhaltlichen Differenzierung seiner Schullaufbahn und garantiert gleichzeitig, dass wichtige Grundkompetenzen im Sinne eines umfassenden Bildungsideals allen Schülern vermittelt werden.</p>	
Konflikte: 1.34	

1.36	Fliessende Schullaufbahn II (Option I)
<p>Obwohl die Piraten die Auflösung von Klassenverbänden und damit die Auflösung eines Zwangsverbandes als förderlich für die persönliche Entwicklung ansehen, sind sie sich bewusst, dass die sozialen Kompetenzen der Schüler auch durch den Aufbau einer gemeinsamen Schulkultur gefördert werden sollte und einer sozialen Vereinsamung des Einzelnen durch geeignete Maßnahmen entgegengewirkt werden sollte.</p>	
Konflikte: 1.37	

1.37	Fliessende Schullaufbahn II (Option II)
Der Aufbau einer gemeinsamen Schulkultur soll gefördert werden. So, dass die Sozialen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler gestärkt werden.	
Konflikte: 1.36	

1.38	Individuelle Förderung I
Durch den Aufbau eines schulinternen Fördersystems sollen Schüler, deren Leistung nicht befriedigend ist, individuell unterstützt werden. Die dafür zusätzlich benötigten Lehrkräfte sind sofort einzustellen.	
Konflikte: -	

1.39	Individuelle Förderung II
Die Lehrer sind in ihrer Arbeit sofort durch nicht lehrendes Personal (Assistenten, Psychologen und Sozialpädagogen) soweit zu unterstützen, dass sie sich auf die Vermittlung des Unterrichtsstoffes konzentrieren können.	
Konflikte: Identisch zu 1.27	

1.40	Individuelle Förderung III
Um einen Unterricht zu gewährleisten, der allen Schülern gerecht wird, darf die Klassen- bzw. Kursgröße in den Sekundarstufen I und II maximal 15 Schüler betragen. Dort wo es pädagogisch notwendig ist, wie in speziellen Fördergruppen, muss diese Zahl entsprechend niedriger sein.	
Konflikte: -	

1.41	Benotung I
Die Aussagekraft einer Note außerhalb der Rahmenbedingungen, in der sie erhoben wurde, ist sehr gering. Eine Bewertung der Leistung kann nur als Orientierungshilfe für Schüler, Eltern und Lehrer innerhalb der Schullaufbahn dienen. Um diesen Zweck zu erfüllen, sollte die Bewertung von Schüler differenzierter als durch Noten erfolgen. Dazu gibt es zahlreiche Ansätze, die in der täglichen Praxis stärker umgesetzt werden müssen. Insbesondere in einem künftigen Kurssystem sind detailliert aufgeschlüsselte fachliche Bewertungen wünschenswert, um darauf aufbauend gezielt die weitere Kurswahl vorzunehmen.	
Konflikte: -	

1.42	Benotung II
Das Prinzip der informationellen Selbstbestimmung widerspricht der aktuellen Praxis, Abschlusszeugnisse, die Arbeitgebern oder weiterführenden Bildungsinstituten vorgelegt werden müssen, mit Noten zu versehen. Abschlusszeugnisse sollten daher lediglich die Erlangung des entsprechenden Abschlusses zertifizieren.	
Konflikte: -	

1.43	Benotung III
Die Piraten lehnen Kopfnote grundsätzlich ab.	
Konflikte: -	

1.44	Digitale Medien I
Die Nutzung digitaler Medien und des Internets innerhalb der Schule soll verstärkt werden. Jedem Schüler ist dazu ein Notebook mit Netzanschluss zur Verfügung zu stellen. Die Notebooks sind durchgehend mit Open-Source-Software zu bestücken.	
Konflikte: -	

1.45	Digitale Medien II
Unterrichtsmaterial für Lehrer und Schüler sollte unter einer freien Lizenz zugänglich gemacht werden. Dies erspart den Lehrern die Erarbeitung von eigenen Unterrichtsmaterialien. Die Erstellung und Freigabe qualitativ hochwertiger Materialien durch Lehrer und Fachbuchautoren wird durch das Land entsprechend vergütet.	
Konflikte: -	

1.46	Bildungsreform
Die Piraten sind sich bewusst, dass die Einführung eines eingliedrigen, kursbasierten Schulsystems nicht von oben herab, sondern nur auf Basis eines breiten gesellschaftlichen Konsens erfolgreich eingeführt werden kann.	
Konflikte: -	

1.47	Hochschule I
Wie in der Präambel dargelegt, lässt sich der Wandel unserer Gesellschaft in eine Informations- & Wissensgesellschaft nicht aufhalten. Von daher sehen wir die Gesellschaft in der Pflicht, dass jedem Menschen/Bürger die Chancen auf eine Hochschulbildung offen stehen.	
Konflikte: -	

1.48	Hochschule II - Studiengebühren
<p>Studiengebühren führen - neben vielen anderen Faktoren - dazu, dass viele junge Menschen von einer Laufbahn an den Hochschulen absehen. Dies stellt nicht nur eine Einschränkung des Menschenrechts auf Bildung dar, sondern ist im Hinblick auf die soziale und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands auch unverantwortlich und führt zu einer finanziellen und sozialen Selektion der Studienwilligen.</p> <p>Daher fordern wir den freien Zugang zum Hochschulstudium und die Abschaffung der zurzeit in Nordrhein-Westfalen erhobenen Studiengebühren. Die (Aus-)Bildung von Studenten ist Aufgabe der Gemeinschaft, da diese von gut ausgebildeten Akademikern profitiert. Daher ist auch die Finanzierung dieser Ausbildung von der Allgemeinheit zu tragen.</p>	
Konflikte: -	

1.49	Hochschule III - Studienfinanzierung
<p>Durch den Bologna-Prozess wurde die Studienzeit der meisten Studiengänge drastisch verkürzt, ohne, dass dabei auch der zu vermittelnde Stoff verkürzt wurde. Diese Stoffverdichtung führt natürlich zu einer deutlich höheren Arbeitsbelastung der Studierenden, weshalb es mit den Bachelor-/Master-Studiengängen kaum noch möglich ist, neben dem Studium zu arbeiten, um dieses zu finanzieren.</p> <p>Aus diesen Gründen rückt das Bafög natürlich deutlich stärker in den Mittelpunkt der Studienfinanzierung. Die 584 EUR BAföG-Höchstsatze sind jedoch in unseren Augen keineswegs ausreichend, um den Bedarf eines Studenten wirklich decken zu können. Auch die hohen Anforderungen, um Bafög zu beziehen, sind überzogen.</p> <p>Wir fordern folglich das Bafög auf einen Satz anzuheben, welcher jedem Studenten ein vernünftiges Leben ermöglicht, ohne den Zwang sich etwas hinzuverdienen zu müssen. Weiterhin fordern wir das Bafög Elternunabhängig zu gestalten. Die aktuelle Situation führt oftmals dazu, dass Kinder im Zweifel ihre Eltern auf Zahlung von Unterhalt verklagen müssten, was offensichtlich nicht praktikabel ist. Jeder Student sollte unabhängig vom Einkommen der Eltern in der Lage sein Bafög zu beziehen.</p>	
Konflikte: -	

1.50	Hochschule IV - Bologna-Prozess
<p>Der Bologna-Prozess, der in der Erklärung von Bologna seinen Anfang nahm, hatte eigentlich nur ein Ziel: Die Internationalisierung und Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse. Es sollte in jedem Land, das diese Erklärung unterzeichnet hat, klar sein, was derjenige studiert hat und was er innerhalb dieses Studiums geleistet hat.</p> <p>Doch was wird heute mit dem Bologna-Prozess identifiziert? Anwesenheitspflicht in Vorlesungen, Überlastung der Studenten und hohe Abbrecherquoten. Die Universitäten scheinen mit der Reform vollkommen überfordert zu sein. Aus diesem Grund fordern wir, dass die Universitäten sich auf die Kernbereiche des Bologna-Prozesses konzentrieren.</p> <p>Bildung soll mehr als eine reine Ausbildung sein. Die absolute Verschulung der Studiengänge ist grundsätzlich abzulehnen. Es soll jedem Studenten wieder ermöglicht werden, ein Studium Generale durchzuführen. Wir werden die Universitäten wieder selbst festlegen lassen, wie lange ein Bachelor-Studium dauern soll.</p> <p>Abschließend setzen wir uns dafür ein, dass jeder Student nach qualifiziertem Abschluss seines Bachelors ein Anrecht auf einen Masterplatz hat.</p>	
Konflikte: -	

1.51	Hochschule V - Demokratisierung der Hochschulen
<p>Hochschulen sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, die sich selbst demokratisch verwalten. Dies wäre zumindest die ideale Situation in Nordrhein-Westfalen. Fakt ist jedoch, dass die Hochschulen seit einiger Zeit kaum noch Einfluss auf ihre eigene Entwicklung haben.</p> <p>Wirkliche Einflussmöglichkeiten an der Hochschule hat nur der Hochschulrat, der als Art Aufsichtsrat über die Belange der Universität entscheidet. Nach aktueller Gesetzeslage soll sich der Hochschulrat zu mindestens 50% aus Externen und maximal zu 50% aus Hochschulmitgliedern zusammensetzen. Es ist durchaus aber auch möglich den Hochschulrat komplett aus Externen zu bilden. So entscheiden Wirtschaftsleute über die Belange der Universität, mit der sie in keiner Weise verbunden sind. Zum Beispiel sitzt im Hochschulrat der Universität Münster Thomas Middelhoff, der für die Misere des Großkonzerns Arcandor mitverantwortlich zeichnet und sich nun wegen Untreue vor Gericht verantworten muss. Dieses undemokratische Mittel sieht keinerlei Mitwirkungsmöglichkeiten der Studierenden vor, die immerhin mit Abstand die größte Gruppe an der Universität sind.</p> <p>Unter anderen wählt der Hochschulrat das Präsidium der Universität und kann so an den Entwicklungs- und Wirtschaftsplänen der Universität im eigenen Interesse mitbestimmen.</p> <p>Wir fordern die sofortige Abschaffung dieses undemokratischen Gremiums, um die demokratischen Strukturen innerhalb der Universität wieder herzustellen. Weiterhin fordern wir eine Änderung der Zusammensetzung der Senate der Universitäten. Aktuell stellen die Professoren an den meisten Universitäten mindestens 50% der Stimmberechtigten Mitglieder des Senats. Die Studenten und die Mitarbeiter der Universität sind zu meist deutlich in der Minderheit. Folglich fordern wir eine Gleichberechtigung von Mitarbeitern, Studenten und Professoren. Jede dieser Gruppen sollte 1/3 der stimmberechtigten Mitglieder stellen dürfen, wobei die wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter jeweils zur Hälfte vertreten sein sollten.</p>	
Konflikte: -	

1.52	Hochschule VI - Verfasste Studierendenschaft
<p>In einigen Bundesländern mit CDU-Regierungen wurden die verfassten Studierendenschaften stark eingeschränkt oder sogar komplett abgeschafft. Diesem Trend stellen wir uns entschieden entgegen. Die verfasste Studierendenschaft ist als Interessenvertretung der Studenten unverzichtbar. Sie versetzt zudem die heranwachsenden Bürger unseres Landes in die Lage Demokratie zu erlernen, zu gestalten und aktiv zu erleben, weshalb wir uns für eine Erhaltung dieser demokratischen Strukturen einsetzen.</p>	
Konflikte: -	

1.53	Erwachsenenbildung
<p>Die Erwachsenenbildung ist ein weites Feld. Es reicht von Alphabetisierungskursen und Sprachkursen im Rahmen der Integration von Zuwanderern über die betriebliche Fortbildung und privatwirtschaftlichen Qualifizierungen bis hin zu einem Zweit- oder Drittstudium an Universitäten.</p> <p>Die Landesregierung sollte den Aufbau von frei zugänglichem Lehr- und Unterrichtsmaterialien in diesen Bereichen finanziell fördern, um den Zugang zu Bildung zu vereinfachen.</p>	
Konflikte: -	

1.54	Finanzierung I
<p>Die bildungspolitischen Aufgaben, die vor uns liegen, können durch eine Umschichtung der Landesmittel allein nicht finanziert werden. Schon die Reduzierung der Klassen- und Kursgrößen auf 15 Schüler innerhalb der nächsten zehn Jahren ist – auch bei zukünftig sinkenden Schülerzahlen – nur möglich, wenn die Zahl der Lehrkräfte und damit die Personalausgaben verdoppelt werden. Die Piraten gehen davon aus, dass zur Realisierung der Aufgaben der Bildungshaushalt innerhalb von zehn Jahren verdoppelt werden muss. Dies entspricht einer jährlichen Erhöhung der Bildungsausgaben um rund 8 Prozent. Um dies zu realisieren, muss gemeinsam mit dem Bund ein neuer Finanzierungsmodus vereinbart werden.</p>	
Konflikte: -	

1.55	Finanzierung II
Da durch die Verbesserung der Bildung die Grundlage für ein wirtschaftliches Wachstum in der Zukunft und damit für steigende Steuereinnahmen gelegt wird und nachhaltig Folgekosten in den sozialen Sicherungssystemen eingespart werden können, gehen die Piraten davon aus, dass die Erhöhung der Bildungsausgaben kurzfristig durch Einsparung von Subventionen und mittelfristig durch Einsparungen bei den Sozialausgaben und Steuermehreinnahmen gegenfinanziert werden können.	
Konflikte: -	

1.56	Finanzierung III
Da die Bildungshoheit der Bundesländer spätestens bei Einführung der schulischen Selbstverwaltung, wie sie von der Piratenpartei gefordert wird, im Grunde obsolet wird, sollte die Bildung im Rahmen einer Grundgesetzänderung langfristig zur Aufgabe des Bundes erklärt werden.	
Konflikte: -	